



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@ira-
ed.de

Erding, 31.10.2007
Az.:

44. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Umwelt am 15.10.2007

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Bauernfeind, Karl-Heinz

Baumgartner, Gabriele

Bauschmid, Friedrich

Biller, Josef

Harrer, Jutta

Kuhn, Günther

Mesner, Franz

Mock, Franz

Patschky, Jürgen

Peis, Hans

Schwimmer, Hans

sowie als Vorsitzender:

Bayerstorfer, Martin

von der Verwaltung:

Wirth, Harald

Sattelmair, Hartwig Kreisheimatpfleger

zu TOP 3

Eixenberger, Anton

zu TOP 4

Mayer, Elfriede (Protokoll)

Centner Christina



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

3. Kulturpreis des Landkreises
Bekanntgabe der Kulturpreisträger
4. Büchergeld
Vorlage: 2007/0245
5. Bekanntgaben und Anfragen
 - 5.1. Schulen des Landkreises
zusätzliche Mittel für das neue Gymnasium
 - 5.2. Mini-Spielfelder des Deutschen Fußballbundes (DFB)
 - 5.3. WISO-Sendung wegen Jugendhilfefall
 - 5.4. Schulen des Landkreises - Presseberichte zu Gymnasium II
Lehrermangel

II. Öffentlicher Teil der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Umwelt am 15.10.2007



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

3. Kulturpreis des Landkreises Bekanntgabe der Kulturpreisträger

Der Vorsitzende gibt den Pressevertretern die Kulturpreisträger 2007 bekannt:

Die Kulturpreise des Landkreises Erding für das Jahr 2007 werden vergeben an

1. Heimat- und Verschönerungsverein Taufkirchen/Vils e.V. (mit Abteilung Gartenbau) und
2. Heimat- und Volkstrachtenverein „Waldeslust“, Grünbach e.V.

Der Vorsitzende verliest dazu die Begründungen.

4. Büchergeld Vorlage: 2007/0245

Der Vorsitzende erklärt, nachdem es in der Zwischenzeit ermöglicht werden soll, dass es anstatt einer Muss-Vorschrift eine Kann-Vorschrift wird, kann der Landkreis Erding auf das Büchergeld verzichten, ohne eine gesetzliche Grundlage zu ignorieren.

Die Kommunalen Spitzenverbände haben sich dafür eingesetzt, dass es die Kann-Vorschrift künftig geben soll. Es sei dann in der Ermessenshoheit der Kommunen, ob sie das Büchergeld verlangen. Staatsminister Schneider habe die Zustimmung signalisiert, dass es den Kommunen freisteht, ob sie das Büchergeld einheben, wenn der Landtag das Gesetz in eine Kann-Vorschrift ändert.

Es sei dabei festzustellen, dass die Kommunen damit auf eine Einnahmesituation verzichten. Der Freistaat werde dafür keinen Ausgleich leisten.

Empfohlen wird, dass künftig wieder eine ein-Drittel-/zwei-Dittel-Finanzierung möglicherweise umgesetzt wird, wobei dies dann nicht für alle Bücher gelten würde. Für dieses Jahr wird der Freistaat den 4-€-Anteil und der Landkreis den 2-€-Anteil übernehmen.

Der Vorsitzende berichtet, er habe die landkreiseigenen Schulen gebeten, dass sie derzeit die Erhebung nicht durchführen, sondern abwarten, weil über die neue Situation entschieden werden muss. Der Landkreis verzichtet dabei auf ca. 280.000 € im Jahr. Insgesamt sei im Landkreishaushalt eine Summe von 425.000 € an Ausgaben für Bücher vorgesehen. Dazu kommt der 6-€-Anteil (Freistaat/Landkreis). Zusätzlich sei noch ein Einnahmerest der letzten Jahre vorhanden, der komplett den Schulen zur Verfügung gestellt worden sei.



Er meint, es sei richtig, auf das Büchergeld zu verzichten. Klar dabei sei aber, dass es keine Kompensation bei den Einnahmen geben wird. Des

halb müsse versucht werden, Einsparungen an anderer Stelle vorzunehmen, wenn die Eltern vom Büchergeld freigestellt werden sollen. Er plädiert dafür. Er habe auch die Anträge der SPD-Fraktion, der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen und der CSU-Fraktion dazu erhalten, die alle drei dieses Vorgehen befürworten.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Wie die künftige Regelung aussehen wird, kann derzeit noch nicht gesagt werden. Er habe sich aber schon gewundert, dass die Kommunalen Spitzenverbände das Ganze so hinnehmen, weil sich letztendlich das auch auf die Kreisumlage auswirke.

Er betont, bei all dem, dass er es nicht für richtig befunden habe, das Büchergeld einzuführen, habe es dadurch eine Planungssicherheit für die Schulen gegeben. Es war durch das Büchergeld bekannt, was Geld zur Verfügung gestanden habe. Wenn die Schulen es ernst genommen hätten (nicht alle Schulen haben das) die Prioritäten zu setzen und gemeinsam eine Lösung zu finden, wäre es eine gute Grundlage gewesen, ein Budget zu haben, über das die Schulen selbst entscheiden hätten dürfen. Das Büchergeld war auch im Landkreishaushalt kalkulierbar und durchaus ein Vorteil.

Er geht davon aus, dass der Beschluss dementsprechend gefasst werden kann, nachdem auch die drei Fraktionen (CSU, SPD und Bündnis 90/(Die Grünen) sich dafür aussprechen.

Kreisrat Schwimmer fragt, wenn das Büchergeld nicht mehr erhoben wird, ob dann das Kopiergeld wieder eingezogen wird.

Der Vorsitzende sagt, dafür gibt es keinen Antrag. Seines Wissens haben die Schulen das Kopiergeld von sich aus eingesammelt für Kopien, die vom schulischen her nicht unbedingt notwendig gewesen wären. Das Kopiergeld sei von den Schulen direkt an den Landkreis überwiesen worden (im Jahr ca. 50.000 € von allen Schulen).

Kreisrat Patschky stimmt der Abschaffung des Büchergeldes zu. Er denkt aber, dass nicht so einfach gesagt werden kann, „das sparen wir irgendwo wieder ein“. Bei jedem anderen Antrag würde sofort ein Deckungsvorschlag erforderlich sein.

Er meint, so einfach kann sich das der Freistaat nicht machen, indem er sagt, dieses Jahr wird das Büchergeld eine Entscheidung der Kommunen sein. Er berichtet, bei der Stadt Dorfen sei der Beschluss gefasst worden, dass der Bürgermeister beauftragt wird, bei der Regierung v. Obb eine Finanzierung zu versuchen. Es sollte nicht so einfach der Freistaat aus der Verantwortung entlassen werden.

Der Vorsitzende weist nochmals darauf hin, es kann bei einer freiwilligen Angelegenheit nicht gesagt werden, dafür sei der Staat zuständig.



Als Deckungsvorschlag gibt es die allgemeine Deckungsreserve und beim ÖPNV eine Reduzierung der Ausgaben von 2,6 Mio € auf 2.320.000 Mio €. Doch davon sei bereits ein Teil für den Bereich Jugendhilfe verplant worden. Entscheidend dabei sei, dass für das Büchergeld kein Nachtragshaushalt notwendig werden wird.

Kreisrat Patschky meint, wenn er die Anweisung der Reg. v. Obb liest, werde davon ausgegangen, dass es im nächsten Jahr wieder so sein wird, wie es vor der Einführung des Büchergeldes war. Jedoch gibt es eine Übergangsregelung für ein Jahr. Das bedeutet, dass der Landkreis auf dem Betrag „sitzen bleiben werde“. Er bleibt bei seiner Meinung, „der Freistaat macht es sich dabei ein bisschen einfach.“ Die Spitzenverbände sollten entsprechend beauftragt werden, dass es im nächsten Jahr eine eindeutige Regelung geben muss, die nicht mehr das Budget des Landkreises belasten dürfe.

Der Vorsitzende betont, wenn die Kommunalen Spitzenverbände es so wollen und der Minister dem so zustimmt, kann dem Minister kein Vorwurf gemacht werden. Vielmehr sollten die Kommunalen Spitzenverbände entsprechend tätig werden. Es wäre schön, wenn der Freistaat einen Beitrag übernehmen würde. Im nächsten Jahr sei zudem die Revisionsklausel im Gesetz vorgesehen.

Kreisrat Mock möchte wissen, ob mit dem Kopiergeld das Papier für die Kopien bezahlt worden sei.

Herr Eixenberger antwortet, es seien ca. 10 €/Schüler an Kopiergeld eingegangen. Der Landkreis als Sachaufwandsträger habe die Unkosten (inkl. Papier) getragen.

Der Vorsitzende ergänzt, die Schulen haben Kopiergeld eingesammelt und an den Landkreis überwiesen. In den meisten Fällen seien 10 € (Realschulen, Gymnasien und Berufsschule) und bei der FOS 21 €, bei der BOS 20 € und bei den Förderzentren 8 € pro Schüler eingesammelt worden.

Kreisrat Mock merkt an, eigentlich waren alle gegen die Einführung des Büchergeldes und trotzdem sei es eingeführt worden. Nun sei das ärgerliche, dass das Ganze „politisch ausgeschlachtet“ werde. Politisch gesehen sei die Bayer. Staatsregierung der Wohltäter.

Kreisrat Kuhn denkt, es sollte auch der politische Hintergrund gesehen werden. Es kann nicht sein, dass auf Kreisebene das Ganze nun ausgebadet werden müsse. Das sei eine heikle Angelegenheit. Dennoch müsse der Landkreis auf jeden Fall den Beschluss herbeiführen, einen Ausfall des Geldes zu bekommen. Er denkt, das sollte versucht werden.

Der Vorsitzende erklärt, das werden die Kommunalen Spitzenverbände auch tun. Das Ganze sollte realistisch gesehen werden. Der Freistaat sagt, er entscheidet nicht, ob der Landkreis das Büchergeld einziehen wird, sondern überlässt dies den Landkreisen. Es kann doch dann ein Landkreis nicht sagen, wenn er das Büchergeld nicht einzieht, den Ausfall

müsse der Freistaat bezahlen. Der Landkreis sei Sachaufwandsträger für die Lernmittel. Es gehe hier um klare Zuständigkeiten.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Biller merkt an, das Büchergeld war eine Art Elternbeteiligung. Es sei nicht so, dass mit dem Büchergeld der gesamte Aufwand bezahlt werden konnte. Der Sachaufwandsträger habe nun wieder das zu zahlen, wie vor drei oder vier Jahren. Der Freistaat Bayern habe früher auch nicht mehr bezahlt. Eigentlich habe das Büchergeld einen Vorteil für den Sachaufwandsträger gebracht.

Der Vorsitzende betont, die Nutznießer des Büchergeldes waren die Kommunen. Der Landkreistag habe am 28.09.2007 mitgeteilt: „ .. Die Lernmittelfreiheit soll ab dem Schuljahr 2008/2009 gesetzlich neu geregelt werden. Gemeinsames Ziel ist, das Büchergeld als Beitrag der Eltern abzuschaffen. Dazu soll die im Gesetz vorgesehene Revision des Gesamtbedarfs vorgezogen werden. Staat und Kommunale Spitzenverbände werden die Prüfung gemeinsam vornehmen. Die Neuregelung ab dem Schuljahr 2008/2009 mit der Aufteilung der gemeinsamen Finanzierung wird bis zum Jahresende verhandelt. Für das laufende Schuljahr 2007/2008 wird die Staatsregierung umgehend eine Gesetzesänderung einbringen, mit der die Erhebung des Büchergeldes bis zur Höhe von 20 € bzw. 40 € in das Ermessen der Kommunen gestellt wird.“ Der Vorsitzende sagt, das war die Forderung des Landkreistages.

Trotzdem meint er, dass versucht werden soll, eine Finanzierung ähnlich in der Form wie es früher war zu bekommen.

Kreisrätin Harrer merkt an, die SPD-Fraktion habe deutlich gemacht und sich gegen das Büchergeld ausgesprochen, weil für die Eltern die Belastung sehr hoch sei.

Kreisrat Biller schlägt vor, der Vorsitzende sollte im Vorfeld auf die Verhandlungen auf ein neues Gesetz an den Landkreistag ein Schreiben veranlassen, sich fundiertere Gedanken für die Zukunft zu machen. Das Gesetz über die Lernmittelfreiheit war im Wesentlichen für die Schulbücher gedacht. Es gibt dabei die Arbeitsmittel und Kopierkosten. Er denkt, es sollte in der Summe geprüft werden, was das alles kostet und was davon der Freistaat bzw. die Sachaufwandsträger zu bezahlen haben.

Kreisrat Kuhn fragt zur konkreten Situation an den Schulen. Am neuen Gymnasium fehlt Geld und die Grundausstattung für Bücher. Er fragt, welche Mittel es dafür vom Landkreis gibt, steuernd einzugreifen.

Der Vorsitzende sagt, die Situation am neuen Gymnasium sei, dass im letzten Jahr schon weniger Mittel zur Verfügung gestanden haben als beantragt worden sei. Es war eine Summe an Büchergeld von 29.970 € geplant gewesen. Zur Verfügung seien 2006 allerdings 50.756 € gestellt worden, zusätzlich also 15.962 €. 2007 war die Planung 39.198 € (Büchergeld), zusätzlich wurden 12.000 € (= ca. 51.200 €) zur Verfügung gestellt. Bisher seien in diesem Schuljahr 50.396 € ausgegeben worden. Die Situation war, dass von der Schule mitgeteilt worden sei, 2006 seien Bücherbestellungen vorgenommen worden, die teilweise aber nicht mehr



geliefert worden sind. Diese Überhänge seien in den Haushalt 2007 übernommen worden. Er betont, mit so einer deutlichen Aufstockung sei bisher keine Schule versehen worden. Der einzige Unterschied sei, dass sich das neue Gymnasium im Aufbau befindet. Doch sei auch zu bedenken, dass es am Anne-Frank-Gymnasium vorher deutlich mehr Schüler waren und ein Teil der Schüler nun das neue Gymnasium besuchen. Es war deshalb auch die Empfehlung, die Bestände, die am Anne-Frank-Gymnasium nicht mehr gebraucht werden, dem neuen Gymnasium zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende ergänzt, er habe zusätzlich ausschließlich dem neuen Gymnasium, nach Absprache mit dem Kultusministerium, den 2-€-Anteil Landkreis plus den 4-€-Anteil vom Freistaat (= 6 €) zur Verfügung gestellt, so dass dieses Gymnasium deutlich überproportional Geldmittel bekommen habe.

Aufgrund eines nochmaligen Gesprächs mit dem Ministerialdirektor Erhard sei bestätigt worden, dass durch eine Umschichtung im Haushalt (es sollen noch für das neue Gymnasium Vitrinen für 6.000 € beschafft werden) aufgrund der Dringlichkeit diese Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten.

Der Vorsitzende merkt an, dem neuen Gymnasium werden somit 2007 51.000 € zur Verfügung gestellt. Das Gymnasium Dorfen, das deutlich mehr Schüler habe, habe 62.000 € und das Anne-Frank-Gymnasium ca. 55.000 € bekommen. Der Schulleiter des neuen Gymnasiums muss mit den Lehrkräften versuchen, das Ganze zu regeln und auch Prioritäten setzen.

Der Vorsitzende betont, er möchte für die interne Anweisung für die Verwaltung ein Votum der Ausschussmitglieder, ob auf das Einsammeln des Büchergeldes verzichtet werden soll.

Er schlägt folgenden Beschlussvorschlag vor:

Der Landkreis Erding wird von der Erhebung des Büchergeldes absehen, sobald die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die Schulen gebeten kein Büchergeld einzusammeln.

Kreisrat Kuhn schlägt vor, den Beschluss zu ergänzen, „Der Landkreis überprüft alle Möglichkeiten, den Ausfall des Büchergeldes zurückzubekommen.“

Der Vorsitzende sagt, die Formulierung wäre falsch. Es müsste heißen: „vom Freistaat eine künftige Mittelbewilligung zu bekommen“.

Der Vorsitzende empfiehlt zu formulieren, „mit den Kommunalen Spitzenverband darauf hinzuwirken, dass eine entsprechende Neuregelung dieser Bücherbeschaffungen angestrebt wird, bei der der Staat auch einen entsprechenden Anteil leistet.“

Der Vorsitzende erklärt nochmals, der Landkreis sei Sachaufwandsträger. Er denkt, natürlich könne das alles geschrieben werden. Ein bisschen sei das aber schon „Vernebelungstaktik.“



Kreisrat Kuhn denkt, wenn genügend Landkreise das fordern, sei er sich dessen nicht so sicher. Er fragt, ob gewährleistet sei, dass die Bücher angeschafft werden, die notwendig sind. Er denkt, eigentlich hätte der Schulleiter auch andere Dinge zurückstellen können und dafür Bücher kaufen können.

Kreisrat Bauernfeind denkt, es wäre vernünftig, die Kommunalen Spitzenverbände aufzufordern, so schnell wie möglich zu einer Einigung zu kommen, damit die Landkreise wissen, was Sache sei.

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende sagt, die Kommunalen Spitzenverbände haben sich mit dem Freistaat dahingehend geeinigt, dass die Muss-Vorschrift in eine Kannvorschrift geändert wird. Es geht um den formellen Antrag im Landtag. Für den Landkreis sei zu entscheiden, ob das Büchergeld eingesammelt werden soll oder nicht.

Der Vorsitzende sichert zu, mit dem Landkreistagspräsidenten zu sprechen und den Kommunalen Spitzenverband aufzufordern, eine finanzielle Regelung zu schaffen, die den Landkreis deutlich besser stellt.

Nach eingehender Diskussion bringt der Vorsitzende den Vorschlag zur Abstimmung:

AKU/0153-08

Der Landkreis Erding wird von der Erhebung des Büchergeldes absehen, sobald die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die Schulen gebeten kein Büchergeld einzusammeln.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

5. Bekanntgaben und Anfragen

5.1. Schulen des Landkreises - zusätzliche Mittel für das neue Gymnasium

Der Vorsitzende merkt an, er habe es bereits erwähnt, er werde dem neuen Gymnasium durch eine Umschichtung im Haushalt zusätzlich Mittel (ca. 6.000 €) zur Verfügung stellen. Er geht davon aus, dass es dagegen keine Einwände gibt.

5.2. Mini-Spielfelder des Deutschen Fußballbundes (DFB)

Kreisrätin Harrer berichtet, der Deutsche Fußballbund unterstützt es, wenn an Schulen ein Minifußballfeld für Kinder- und Jugendliche errichtet und dieses dann auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werde. Die Bewerbungsfrist laufe am 31.10.2007 ab. Sie fragt, ob es auch für die landkreiseigenen Schulen Überlegungen gebe.

Der Vorsitzende antwortet, er wisse davon nichts. Der Landkreis sei davon nicht unterrichtet worden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Er berichtet, es werde noch ein Antrag kommen, die Sportanlagen den Jugendvereinen und Jugendlichen auch außerhalb der Schulzeiten zur Verfügung zu stellen.

Kreisrat Bauernfeind ergänzt, der Grundgedanke war, dass die Jugendlichen mehr gefördert werden. Dazu stellt der DFB Geld zur Verfügung. Wenn ein Grundstück zur Verfügung stehen würde, würde der DFB auf dem Platz ein Minifußballfeld für die Freizeitkicker herstellen. Er denkt, die bereitgestellte Summe werde aber nicht für alle Bewerbungen ausreichen.

Der Vorsitzende erklärt, er werde Herrn Grabert (Sportförderung) und das Sachgebiet 14 (ob ein Grundstück zur Verfügung stehen würde) davon in Kenntnis setzen lassen.

5.3. WISO-Sendung wegen Jugendhilfefall

Kreisrat Kuhn berichtet, in der letzten Woche sei in der WISO-Sendung im Fernsehen ein Beitrag von einer Alleinerziehenden mit zwei Kindern gezeigt worden. Er fragt, ob der Vorsitzende dazu etwas berichten könnte.

Der Vorsitzende antwortet, er wisse darüber nicht im Detail Bescheid. Der Fall betrifft das Staatl. Jugendamt und fällt nicht in die Zuständigkeit des Kreistages.

5.4. Schulen des Landkreises - Presseberichte zu Gymnasium II - Lehrermangel

Kreisrat Schwimmer fragt zu den Presseberichten zum Thema Lehrermangel am neuen Gymnasium, warum dieser Lehrermangel so plötzlich festgestellt wird, obwohl es nicht wesentlich mehr Schüler geworden sind.

Der Vorsitzende antwortet, die Lehrer seien staatliches Personal und werden den Schulen vom Freistaat zugewiesen, der Landkreis habe keine Zuständigkeit. Im Vorjahr waren es am neuen Gymnasium 809 Schüler, derzeit 937 Schüler, weil eine Jahrgangsstufe komplett dazu gekommen sei.

Kreisrat Mock berichtet, es stimmt nur zum Teil, dass die Lehrer zugewiesen werden. 30 % der Lehrer dürfen sich die Schulleiter suchen und die Verträge werden dann ausgestellt. Das Gymnasium Dorfen habe dieselben Probleme. Nur seien in der Gegend vielleicht mehr Lehrer aufzutreiben. Am neuen Gymnasium Erding wird das große Problem sein, dass der Schulleiter diese 30 % an Lehrer nicht findet. Er vermutet, dass diese Situation mit dem Raum Erding zusammenhängen könnte, dass die Leute für das wenige Geld woanders unterkommen (Raum München). Diese Lehrer werden zu den Ferien wieder ausgestellt.

Kreisrat Biller stimmt dem zu. Er berichtet, 30 % der zur Verfügung gestellten Planstellen werden über ein sog. Direkteinstellungsverfahren

eingestellt. Diese Stellen kann der Schulleiter übers Internet ausschreiben. Die vielen Bewerbungen müssen dann abgearbeitet werden. Es gibt dabei viele Probleme.



Kreisrat Mock ergänzt, 90 % der Bewerber sagen dann oft, unter den Bedingungen nehmen sie die Stelle nicht an.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Umwelt um 15:40 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte